

## Vorwort

Der *Runde Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen* wird vom Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. in Kooperation mit dem Institut für Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Philosophie in München und der Hochschule für angewandte Wissenschaften München durchgeführt. Der Runde Tisch versammelt VertreterInnen von großen und kleinen Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Ministerien, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen in Bayern. Diskutiert werden verschiedene Ansätze sowie die wichtigsten Instrumente zur Förderung gesellschaftlicher Verantwortung von Unternehmen. Ausgangspunkt der Debatte sind sowohl Erwartungen von unterschiedlichen Anspruchsgruppen an Unternehmen als auch gute Initiativen und Erfahrungen einzelner Unternehmen oder Branchen, die die Richtung für zukünftiges verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln aufzeigen. Der *Runde Tisch Bayern Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen* hat sich seit 2006 als kontinuierliche Plattform zur Beförderung des Dialogs über die weitere Entwicklung im Bereich Sozial- und Umweltstandards etabliert.

Die breite Beteiligung von Unternehmen, Politikern und Nichtregierungsorganisationen am Runden Tisch ist ein Indiz dafür, wie wichtig eine gemeinsame Verständigung zu diesem Themenfeld ist. Mit eigenen Beiträgen zu Gast waren in den vergangenen Jahren u.a. folgende Unternehmen: Allianz, BMW, Deuter Sport, Faber-Castell, Fenix Outdoor, Freudenberg, GLS-Bank, Hess Natur, HypoVereinsbank, IHK Mittelfranken, IHK Oberbayern, memo, Metro, Puma, Tchibo, TÜV-Rheinland sowie der Verband der bayerischen Textil- und Modeindustrie.

Mit der vorliegenden Publikation werden insbesondere die Ergebnisse des 7. „*Runden Tisches Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen*“, der am 30. November 2012 in München durchgeführt wurde, einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert. Diese „erweiterte Tagungsdokumentation“ wurde zusätzlich um einige aktuelle Beiträge ergänzt.

Allen Beiträgen gemeinsam ist die Überzeugung, dass Globalisierung der aktiven politischen Gestaltung bedarf, um zu einer sozial gerechteren und ökologisch nachhaltigeren Entwicklung zu gelangen. In der globalisierten Welt zu berücksichtigen sind dabei die immer noch massenweisen und eklatanten Verstöße vieler Unternehmen gegen Sozial- und Umweltstandards. Als Beispiele seien hier genannt:

- 1) Im August 2012 stellte Germanwatch eine Untersuchung zur Unternehmensverantwortung von deutschen Mobilfunkanbietern vor. Die vier größten deutschen Mobilfunkanbieter – Deutsche Telekom, E-Plus, Telefonica Germany und Vodafone – sind dieser Studie zufolge von fairen und ökologischen Handys nach wie vor weit entfernt.<sup>1</sup>
- 2) Gemäß einer im September 2012 vorgestellten Studie von Misereor, Brot für die Welt und Global Policy Forum erfolgt die Rohstoffbeschaffung für die Produktion von Autos unter umfangreichen Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen.<sup>2</sup>
- 3) Im November 2012 wird bekannt, dass sich BASF und Bayer in Kalifornien finanziell an einer (erfolgreichen) Kampagne gegen die Kennzeichnung von Gentechnik beteiligt haben – in Deutschland präsentieren sie sich als Unternehmen, die gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und sind nominiert für den CSR-Preis der Bundesregierung 2013.<sup>3</sup>
- 4) Nach Medienberichten vom 6. November 2012 wurde Kleidung des westfälischen Textildiscounters Takko in chinesischen Haftanstalten produziert.<sup>4</sup>
- 5) Die Menschenrechtsorganisation terre des hommes berichtet über die massenhafte Versklavung junger Mädchen in der Textilindustrie in Südindien. Dies ist der Bundesregierung gemäß Bundestagsdrucksache bekannt. Sie setzt aber einzig auf die Selbstkontrolle der Unternehmen.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Studie siehe [www.germanwatch.org/de/4956](http://www.germanwatch.org/de/4956)

<sup>2</sup> MISEREOR, Brot für die Welt, Global Policy Forum Europe: Vom Erz zum Auto – Abbaubedingungen und Lieferketten im Rohstoffsektor und die Verantwortung der deutschen Automobilindustrie, Aachen / Bonn / Stuttgart 2012 – Studie online unter [http://www.misereor.de/fileadmin/redaktion/Vom\\_Erz\\_zum\\_Auto.pdf](http://www.misereor.de/fileadmin/redaktion/Vom_Erz_zum_Auto.pdf)

<sup>3</sup> <http://blog.greenpeace.de/blog/2012/11/01/bayer-und-basf-deutsche-agrochemie-millionen-im-kalifornischen-gentechnik-wahlkampf/>

<sup>4</sup> „Kleider aus dem Knast“ = SZ vom 6.11.2012, S. 21.

<sup>5</sup> „Die Braut, die Wohlstand bringt“ = SZ vom 6.11.2012, Seite 6.

- 6) Bei einem Brand Ende November 2012 bei einem Textilizulieferer in Bangladesch – produziert wurde dort u.a. für C&A – sterben über 100 Menschen.<sup>6</sup>
- 7) Bei der Hauptversammlung der Siemens AG am 23. Januar 2013 in München klagen VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen Siemens wegen der Beteiligung (über Voith) beim Bau des umstrittenen brasilianischen Großstaudammes „Belo Monte“ an.
- 8) Ende Januar 2013 verurteilt ein Gericht in Den Haag den britisch-niederländischen Ölkonzern Shell zu Schadensersatzzahlungen, da es 2006 und 2007 im Dorf Skot Ada Udo im Nigerdelta zu Ölleckagen bei Leitungen einer nigerianischen Shell-Tochter gekommen war, die zu Fischsterben führten und die heimischen Fischer um ihren Lebensunterhalt brachten. Erstmals wurde ein europäischer Großkonzern somit für die Nachlässigkeiten einer Tochterfirma in einem sogenannten „Entwicklungsland“ verurteilt.<sup>7</sup>
- 9) Ein weiterer Brand Ende Januar 2013 in einem Vorort von Dhaka / Bangladesch: Sieben Arbeiterinnen sterben nach Behördenangaben bei dem Brand in der Fabrik Smart Exports Garments. An der Brandstätte wurden u.a. Labels von KiK gefunden, aber auch von spanischen und französischen Unternehmen. Laut Feuerwehr arbeitete die Fabrik ohne Sicherheitslizenz.<sup>8</sup>

Trotz dieser teilweise skandalösen Vorkommnisse – immer noch trauen sich einige PolitikerInnen und auch Wirtschaftsverbände freiwillige Selbstverpflichtungen von Unternehmen als den zielführenden Weg für die Umsetzung von Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen zu preisen. In diesem Zusammenhang sei u.a. auf den Beitrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. in dieser Publikation hingewiesen. Angesichts mangelnder globaler Richtlinien im sozialen und ökologischen Bereich können solche freiwilligen Selbstverpflichtungen sicherlich ein erster Impuls zur Verbesserung der Situation sein. Doch schon allein die Unübersichtlichkeit verschiedenster Bekenntnisse, Leit- oder Richtlinien, Verhaltensregeln, branchenweiter und auch branchenübergreifender Initiativen ist ein Indiz für die Grenzen solcher Selbstverpflichtungen. Dies bestätigt auch Gerd

---

<sup>6</sup> <http://www.taz.de/!106243/>

<sup>7</sup> Vgl. „EU-Recht gilt auch in Afrika“ = FR vom 31.1.2013, S. 15; „Die Spitze ist verantwortlich“ = FR vom 31.1.2013, S. 11.

<sup>8</sup> Vgl. <http://csr-news.net/main/2013/01/27/sieben-tote-bei-brand-in-textilfabrik-in-bangladesch-fabrik-arbeitete-offenbar-fur-firmen-in-europa/>

Oliver Seidensticker, Präsident des Modeverbandes „German Fashion“, für den die Fülle von Richtlinien für mehr Verwirrung sorgt als für Transparenz: „Es gibt keinen weltweit gültigen Standard, bei dem die Auftraggeber sicher sein können, dass alles in Ordnung ist.“<sup>9</sup>

Bundespräsident Gauck hat im November 2012 beim Führungstreffen Wirtschaft der Süddeutschen Zeitung in Berlin eine bemerkenswerte Kehrtwende vollzogen. Unternehmen dürften zwar sehr wohl nach Gewinn streben, müssten aber auch ökologische und soziale Belange im Blick behalten, sagte er. „Schwarze Zahlen sind kein Grund, rote Linien zu überschreiten.“<sup>10</sup> Oftmals schoben Manager und Politiker die Schuld an Problemen jedoch „abstrakten Feinden“ wie „den Märkten“ oder „der Globalisierung“ zu. Bundespräsident Gauck räumte ein, dass auch er selbst Irrtümern aufgesessen sei, etwa dem Glauben, dass weniger Regulierung mehr sei. Heute wisse er, dass freies Unternehmertum Grenzen brauche.

Die vorliegende Publikation möchte einen Beitrag leisten zur stärkeren Berücksichtigung von Sozial- und Umweltstandards. Dabei wird die Bandbreite der aktuellen Diskussion vorgestellt. Gleich zu Beginn bekennt sich das in Bayern für „Corporate Social Responsibility“ (CSR) federführende Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen – plädiert jedoch trotz der geschilderten Fakten für freiwillige Lösungen. Michael Rieder vom Institut für Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Philosophie fragt nach einem Orientierungsrahmen und bietet hierfür die international anerkannten Menschenrechte sowie die vom UN-Beauftragten John Ruggie formulierten Anforderungen an Unternehmen an. Katrin Riedel von Deuter Sport GmbH und Co. KG und Aiko Bode von der Fenix Outdoor Group / Hanwag präsentieren einen Blick auf ihre Unternehmens-Praxis sowie eine Übersicht über Multistakeholder-Initiativen bzw. Standards und Zertifizierungen im Outdoor-Bereich, der sich derzeit intensiv mit dem Thema Sozialstandards beschäftigt.

Immer wieder wird der Blick auf die Verantwortung in der Lieferkette gerichtet – siehe hier u.a. auch die Bestätigung dieser Verantwortung im Beitrag der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw) e.V., also des Dach-

---

<sup>9</sup> „Späte Verantwortung. Nach Fabrikbränden in Bangladesch erhöhen Modefirmen den Druck auf Lieferanten“ = SZ vom 4.2.2013, S. 20.

<sup>10</sup> „Gauck: Finanzsektor dringend aufräumen. Bundespräsident tadelt Wildwuchs und Gier der Branche“ = SZ vom 16.11.2012, Seite 1.

verbandes der bayerischen Wirtschaftsverbände. Die internationale Lieferkette und die damit einhergehenden Problemstellungen sind auch Gegenstand der Beiträge von adidas und der Christlichen Initiative Romero. Transfair und Naturland zeigen mit dem Fairen Handel einen immer stärker beachteten Weg auf. Der Bundestagabgeordnete Uwe Kekeritz schließlich skizziert die Bemühungen um mehr Transparenz und Verbindlichkeit u.a. auf europäischer Ebene.

Offene Fragen, die immer wieder angesprochen bzw. aufgegriffen werden sind u.a.:

1. Die Debatte um „living wages“ (existenzsichernde Löhne): Wer 60 Stunden die Woche arbeitet, sollte doch wenigstens eine Familie vor dem Hunger bewahren und ein Dach über dem Kopf finanzieren können. Wie ist es möglich, dass immer noch einige Unternehmensleitungen und vor allem Verbände über dieses Thema gar nicht reden möchten, die Bezahlung solcher living wages als Träumerei abtun und sich gleichzeitig öffentlich als Streiter für die Soziale Marktwirtschaft darstellen?
2. In der Umweltökonomie spricht man längst von externen Kosten, die es zu internalisieren gilt. Wie berücksichtigen wir aber soziale Kosten bei Zulieferern, wenn Menschen unter der Last ihrer Arbeit zusammenbrechen, erkranken, ihren Kindern keine Zukunft bieten können?
3. Wer in Bayern hilft Unternehmen, die Sozial- und Umweltstandards bei sich und auch bei ihren Zulieferern verankern wollen?
4. Wie verfahren wir hier bei uns insbesondere mit bayerischen Akteuren, die gegen international vereinbarte Sozial- und Umweltstandards verstoßen?
5. Wann endlich können ArbeiterInnen ihre Rechte einklagen?
6. Unterschiedlichste Codes of conduct, diverse brancheneigene Lösungen, Siegel, Zertifizierungen, Global Compact, UN-Normen, BSCI, SA 8000, ISO 26.000 – welche Ansätze müssen bekannter gemacht bzw. weiterentwickelt werden?

7. Wer nimmt sich in Bayern der Diskussion um eine nationale CSR-Strategie an – an welcher Stelle beteiligen sich bayerische Ministerien?
8. Wie beteiligt sich Bayern an der Debatte im Europäischen Parlament bezüglich rechtlich verbindlicher internationaler Instrumente bzw. an den Forderungen der Europäischen Kommission nach mehr Transparenz?

Nachdem die Bayerische Verfassung für den „Runden Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen“ von besonderer Bedeutung sein sollte, sei hier an Artikel 151 der Bayerischen Verfassung erinnert:

Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl,  
insbesondere der Gewährleistung  
eines menschenwürdigen Daseins für alle  
und der allmählichen Erhöhung  
der Lebenshaltung aller Volksschichten.

Gemeinschädliche und unsittliche Rechtsgeschäfte,  
insbesondere alle wirtschaftlichen Ausbeutungsverträge  
sind rechtswidrig und nichtig.

Alexander Fonari, Vivien Führ & Norbert Stamm

Augsburg und München im Februar 2013